

Baerbock hat gesagt, was zu sagen war

VON KERSTIN MÜNSTERMANN

Es gibt ruhigere Dienstreisen für eine deutsche Politikerin als einen Besuch in Moskau. Davon konnte bereits die langjährige Regierungschefin Angela Merkel ein Lied singen. Doch als frisch gekürte Außenministerin in der anhaltenden Ukraine-Krise den russischen Außenminister Sergej Lawrow zu treffen, ist schon eine besondere diplomatische Herausforderung. Die Grünen-Politikerin Annalena Baerbock begann diplomatisch, lobte zunächst die deutsch-russischen Gemeinsamkeiten. Doch zum aktuellen russischen Truppenaufmarsch an der Grenze zur Ukraine wählte sie dann klare Worte: „Es ist schwer, das nicht als Drohung zu verstehen.“ Sie dringt auf eine Wiederaufnahme des Normandie-Formats, der Verhandlungen zwischen Deutschland, Frankreich, Russland und der Ukraine. Lawrow wiegelte nicht ab und widersprach auch nicht – schon das ist ein kleiner Erfolg. Solange geredet wird, wird nicht geschossen. Im Falle der aktuellen Krise ist das mehr als nur ein Spruch.

Lawrow gab sich in den öffentlichen Bildern beim Besuch betont gelassen, in manchen Gesten herablassend. Doch Baerbock ließ das kalt. Sie trug ihre Ausführungen vor, las von vorbereiteten Zetteln ab, aber deutlich, mit klaren Worten und kräftiger Stimme. Sie grenzte sich ab, ließ sich nicht auf diplomatische Floskeln ein, was heißt: Sie kam ihrem Gegenüber nicht zu sehr entgegen. Sie sagte, was zu sagen war – ohne die Tür zuzuschlagen. Baerbock ließ sich nicht provozieren, auch nicht, als zwei russische Journalisten die Pressekonferenz vor allem zu einer inszenierten Positionsbestimmung über das deutschsprachige Programm des Staatssenders RT nutzten. Einen Händedruck für die Kameras gab es im Anschluss an die Pressekonferenz nicht. Dennoch: Die deutsche Außenministerin hat den Stresstest bestanden.

BERICHT EINE VAGE HOFFNUNG AUF DIALOG, POLITIK

Nachhilfe allein wird nicht reichen

VON CHRISTIAN SCHWERDTFEGER

Eltern von Kindern, die derzeit in der sechsten Klasse des Gymnasiums sind und keine guten Noten haben, stehen in den kommenden Wochen vor einer wichtigen und weitreichenden Entscheidung: Soll mein Kind die Schulform wechseln oder die Jahrgangsstufe wiederholen? Das ist eine Frage, die sich während der Pandemie mehr Eltern stellen müssen als in den Jahren davor, weil viele Kinder wegen Corona nicht so gut lernen konnten wie sonst – und wie es notwendig wäre, um die Voraussetzungen zu erfüllen.

Nachhilfeeinrichtungen verzeichnen deswegen gerade einen großen Zulauf; manchen Schülern fehlen infolge der Pandemie zum Teil Grundlagen in der Rechtschreibung, im Textverständnis und beim kleinen Einmaleins. Viele tun sich zudem schwer damit, sich im Schulalltag zurechtzufinden – und besonders schwer haben es eben die Schüler, die während der Hochphase des Homeschoolings in der vierten Schulklasse waren. Sie haben nicht immer das Rüstzeug gelehrt bekommen, das sie an der weiterführenden Schule benötigen. Eine Entwicklung, die sich zwar schon vorher abzeichnete, durch die Pandemie nun aber forciert worden ist und noch deutlicher zutage tritt.

Nachhilfe kann punktuell helfen, Lernlücken zu schließen. Das strukturelle Problem wird damit aber nicht gelöst. Denn zu viele Kinder werden aufs Gymnasium geschickt beziehungsweise bekommen eine entsprechende Empfehlung, obwohl sie in einer anderen Schulform besser aufgehoben wären. Nicht selten liegt das am Ehrgeiz der Eltern, die auf Biegen und Brechen versuchen, ihre Kinder zum Abitur zu bringen. Dabei ist die allgemeine Hochschulreife nicht für jeden etwas – und der Weg dorthin schon gar nicht. Das sollten Eltern stärker berücksichtigen, wenn es um die Wahl der Schulform ihrer Kinder geht.

BERICHT ZWEI MONATE WARTEN AUF DIE NACHHILFE, NRW



DAS MITBRINGSEL

RP-KARIKATUR: NIK EBERT

ANALYSE Unbehelligt führen die Taliban ihren Feldzug gegen die Frauen – mit bisweilen skurrilen Auswüchsen. Und die internationalen Sanktionen treffen Frauen und Mädchen besonders hart. Hilfsorganisationen klagen an.

Vergessen in Afghanistan

VON DOROTHEE KRINGS

Auf den Videos, die gerade in sozialen Netzwerken kursieren, ist das Lachen von Männern zu hören, die eine makabre Aufgabe erledigen: Sie sägen weiblichen Schaufensterpuppen die Köpfe ab. Ein halbes Dutzend Plastikschädel liegt bereits vor ihnen auf dem Boden. Mit einem Fuchschwanz machen sie sich über die nächste Puppe her. Spaß scheint ihnen das zu machen.

Der Frauenhass der Taliban in Afghanistan nimmt bisweilen skurrile Formen an. Im Alltag der Frauen ist er bitterer Ernst. Selbst in Großstädten dürfen sie nur noch in Begleitung enger männlicher Verwandter auf die Straße. „Frauen werden systematisch aus dem öffentlichen und politischen Leben ausgeschlossen. In der Regierung gibt es keine Frauen, das Frauenministerium wurde de facto abgeschafft“, sagt Sybille Fezer, Vorstandin der Frauenrechtsorganisation Medica Mondiale und Leiterin des Teams Afghanistan.

Mädchen und Frauen würden daran gehindert, weiterführende Schulen und Universitäten zu besuchen. Begründet werde dies mit weiteren diskriminierenden Maßnahmen, wie etwa der Geschlechtertrennung im Unterricht sowie mit der Scharia, die aber Auslegungssache sei. „Für unsere Arbeit ist besonders schmerzhaft, dass es kaum noch Unterstützung für Frauen und Mädchen gibt, die von Gewalt betroffen sind. Frauenschutzhäuser wurden zum großen Teil aufgelöst. Anwältinnen, die sich für Frauen und Mädchen einsetzen, werden verfolgt“, so Fezer.

Derweil hat der Winter eingesetzt. Der durch den 2016 gestorbenen Publizisten Roger Willemsen unterstützte Afghanische Frauenverein hat gerade in sechs Provinzen große Winterhilfsprogramme gestartet. Geschäftsführerin Chris-

tina Ihle ist täglich mit Mitarbeiterinnen vor Ort in Kontakt. „Die Lage der Frauen ist in den Provinzen sehr unterschiedlich, je nach lokaler Führung und Engagement der Ältestenräte“, sagt Ihle. In sechs Provinzen des Landes, etwa in Kundus, könnten Frauen noch arbeiten.

„Was die Menschen aber aktuell vor allem bedrängt, ist die riesige humanitäre Not“, sagt Ihle. Diese treffe Mädchen und Frauen besonders. Durch die Sanktionen stünden wichtige Versorgungsstrukturen für die Bevölkerung kurz vor dem Kollaps, die Wirtschaft liege brach, es gebe kaum Arbeit, kaum Gesundheitsversorgung, kaum eine

Möglichkeit für Familien, an Geld zu kommen. Von 20 Familien ist gerade noch eine in der Lage, sich gut zu ernähren, so eine aktuelle Befragung des Welternährungspro-

gramms. „Wir erleben Hunger auch in Familien der früheren Mittelschicht, weil Gehälter nicht mehr gezahlt werden können, Stellen wegbrechen“, berichtet auch Ihle.

Früher seien Väter zur Arbeit in ein Nachbarland gegangen, Söhne auf den Markt für Tagesjobs. Das sei im Moment kaum möglich. „Für Familien in größter existenzieller Not bleibt als letzte Lösung, Mädchen sehr früh zu verheiraten, in der Hoffnung, dass sie gut versorgt sind und der Brautpreis die Geschwister vor dem Hunger rettet“, sagt Ihle. Das habe nichts mit Geringfügigkeit zu tun, vielmehr mit blanker Not, und sei auch in Ländern wie im Jemen oder in Syrien weit verbreitet. „Im Westen werden die Familien dafür schnell verurteilt, aber es urteilt sich leicht, wenn man den eigenen Kindern nicht beim Verhungern zusehen muss“, betont Ihle. Ihre Organisation verteilt Notpakete für 24.000 Menschen. Viele dankten auch deswegen dafür, weil sie so ihre Töchter nicht weggeben müssen.

Gleichzeitig wird es für die Frauenrechtlerinnen immer schwieriger, Af-

INFO

Neues Programm zur Aufnahme geplant

Kritik Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch (HRW) hat Deutschland wegen seines Umgangs mit afghanischen Zivilisten im Zuge des desaströsen Abzugs aus dem Land kritisiert. Teile der Regierung hätten sich gegenseitig die Verantwortung zugeschoben, die Situation falsch eingeschätzt und damit viele Afghanen gefährdet, heißt es im Jahresbericht von HRW. Deutschland hatte beim Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan im Sommer Tausende Ortskräfte zurückgelassen. Jüngsten Zahlen zufolge warten noch immer etwa 20.000 Afghaninnen und Afghanen auf eine Möglichkeit zur Einreise nach Deutschland.

Neue Aufnahme Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) hat die Opposition im Bundestag zur Unterstützung der Pläne der Bundesregierung für ein neues humanitäres Aufnahmeprogramm für Schutzbedürftige aus Afghanistan aufgerufen. Innenministerin Nancy Faeser (SPD) und sie selbst arbeiteten mit Hochdruck daran, ein neues humanitäres Aufnahmeprogramm auf den Weg zu bringen, um die besonders Schutzbedürftigen aus Afghanistan herauszubringen.



Eine Geldausgabe des Welternährungsprogramms in Kabul. FOTO: DPA

ghanistan zu verlassen, selbst wenn sie eine Aufnahmezusage für Deutschland besitzen. Sie müssen gültige Visa etwa zur Ausreise über Pakistan und Pässe vorlegen, auch für Babys und Kleinkinder. Dazu müssten sie aber bei Behörden vorsprechen, die – wenn sie überhaupt öffnen – jetzt von den Taliban geführt werden. „Seit Wochen unternimmt die Bundesregierung zu wenig, um ihrer Verantwortung gerecht zu werden“, sagt Sybille Fezer. Zwar unterstütze die Bundesregierung, sobald Menschen es über die Grenze nach Pakistan geschafft hätten, doch gerade der Übertritt sei das Problem. Selbst mit Unterstützung, zum Beispiel durch die zivilgesellschaftliche Organisation Kabul-Luftbrücke, bleibe die Ausreise schwierig. Zudem hat die Bundesregierung bereits kurz nach dem Truppenabzug die Listen für Menschen geschlossen, die aufgrund besonderer Gefährdung ausreisen können. Damit sitzen Tausende weiter in Afghanistan fest. „Die neue Bundesregierung muss dringend dafür sorgen, dass die Listen geöffnet werden“, sagt Fezer.

Auch mit den beschlossenen Sanktionen steckt die internationale Gemeinschaft in einem Dilemma, denn gerichtet sind sie gegen die Taliban, treffen aber die Bevölkerung. „Die Sanktionen führen zu einer humanitären Not, die besonders die Situation von Mädchen und Frauen dramatisch verschlechtert“, so Ihle. Die internationale Gemeinschaft dürfe nicht wegschauen, wie das Land Schritt für Schritt kollabiere. „Humanitäre Hilfe alleine reicht nicht aus. Es braucht weit mehr, um die Grundversorgung der Bevölkerung in den Bereichen Gesundheit, Ernährung oder Bildung aufrechtzuerhalten.“ Auch dem lokalen Finanzsystem müsse so weit aufgeholfen werden, dass wieder wirtschaftliche Aktivität möglich werde. 22,5 Millionen Afghanen seien von Hunger bedroht, der Zustand von 1,5 Millionen Kindern sei bereits jetzt lebensbedrohlich. „Es ist bitterkalt in vielen Regionen“, sagt Ihle. „Wir haben keine Zeit mehr zu verlieren.“

WISSENSDRANG

Die amerikanische Identitätspolitik ist als Maßstab fortschrittlicher Politik längst nach Europa importiert worden. Das sektiererische Denken durchzieht Politik und Kultur. Es ist ein Paradebeispiel dafür, wie kritische Ideen sich in eine starre Dogmatik verwandeln können. Ich möchte mich heute und in den folgenden Kolumnen mit einzelnen dieser destruktiven Dogmen befassen.

Was ist hier unter Identität zu verstehen? Was ist daran politisch? „Erfinden“ wurde das Paradigma 1977 im Combahee River Collective, einer Gruppe lesbischer schwarzer Frauen. Sie fanden sich in dreifacher Hinsicht sozial an den Rand gedrängt. So beschlossen sie, sich erst einmal um ihre eigene Identität als Frauen, Schwarze

Unterdrücker und Unterdrückte

Viele Linke definieren ein neues Dogma – die Identität. Das führt zu Intoleranz.



MARIA-SIBYLLA LOTTER

und Lesben zu kümmern statt um die Weltrevolution. Das leuchtet ein. Nach dem Kollaps des Ostblocks suchten viele Linke eine neue Orientierung. So machte man aus der ursprünglich freien Entscheidung von Personen, sich in der politischen Arbeit „zunächst“ auf Probleme der eigenen sozialen Ausgrenzung zu fokussieren, ein neues Dogma über die Identität von Menschen. Sie wird auf eine winzige Auswahl der unendlich vielen Eigenschaften reduziert, die unsere Lebenssituation und Persönlichkeit prägen: Hautfarbe, Geschlecht, sexuelle Vorlieben und körperliche Besonderheiten. Wir werden dabei unfreiwillig und ohne eigenes Tun in feindliche Lager eingeteilt: Unterdrücker und Unterdrückte. Zur Identität von Frauen gehört es jetzt,

von Männern unterdrückt zu werden, zur Identität von Weißen, Rassisten zu sein, zur Identität von... und so weiter. So werden Menschen aufgrund von Merkmalen, die sie nicht wählen können, zu Opfern und Tätern ernannt und gegeneinander aufgebracht. Ohne konkreten Anlass. Aus der winzigen Gruppe von Merkmalen wird auch der (mangelnde) soziale Erfolg von Menschen erklärt. Nach einer Studie der britischen Regierung bestimmen aber nicht die Hautfarbe und andere äußere Merkmale die Aufstiegschancen, sondern nach wie vor primär die soziale Klasse.

Unsere Autorin ist Philosophie-Professorin an der Ruhr-Universität Bochum. Sie wechselt sich hier mit der Infektionsbiologin Gabriele Pradel ab.